«Abscheu und Wut»

Aussenministerin Micheline Calmy-Rey wird wegen Folterungen in Irak aktiv

Bundesrätin Micheline Calmy-Rey hat die Botschafter der USA und Grossbritanniens wegen der Gefangenenmisshandlungen in Irak ins EDA zitiert. In Interviews gab sie ihrer Abscheu über die Vorkommnisse Ausdruck.

Sie habe den Botschaftern der USA und Grossbritanniens erklärt, die Folterungen seien inakzeptabel, sagte die Vorsteherin des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten (EDA) Micheline Calmy-Rey am Samstag in der Tagesschau des Schweizer Fernsehens. Dieses Verhalten gegenüber Gefangenen verletze das internationale humanitäre Recht. Die Schweiz habe die beiden Staaten daran erinnert, dass die Genfer Konventionen insbesondere Kriegsgefangene schützten und einzuhalten seien. Die Schweiz als Depositarstaat der Genfer Konventionen habe eine spezielle moralische Pflicht, sich für deren Einhaltung einzusetzen. «Das sind Vorgänge, zu denen wir nicht schweigen können», sagte Calmy-Rey dem «SonntagsBlick». Diese Haltung werde ernst genommen. So sei sie von der irakischen Übergangsregierung gebeten worden, ein Menschenrechtsmonitoring zu leiten.

Besorgnis ausgedrückt

Mit diesem Schritt habe die Schweiz auch ihre Besorgnis ausdrücken wollen, sagte eine EDA-Sprecherin auf Anfrage. Die Schweiz habe sich zufrieden über die versprochene Aufklärung aller Fälle von Gefangenenmisshandlungen in Irak gezeigt. Solche Verbrechen dürften nicht ungestraft bleiben. Persönlich habe sie mit Abscheu und Wut auf diese Misshandlungen reagiert, sagte Calmy-Rey. So könne man Menschen nicht behandeln.

Zur Lage in Irak sagte Calmy-Rey, Probleme dieser Art liessen sich von einer Weltmacht – und möge sie noch so stark sein – nicht mit Gewalt und im Alleingang lösen. Die Schweiz habe seit Beginn der militärischen Operationen in Irak die Destabilisierung der ganzen Region befürchtet. «Ich bedaure sehr, dass sich unsere Analyse offenbar als richtig erweist», sagte die Aussenministerin.

Die Macht in Irak müsse möglichst rasch an die Iraker übergehen, in dem von der Uno und der internationalen Gemeinschaft abgesteckten Rahmen. Vieles sei blockiert, weil Irak ein besetztes Land sei, sagte die Schweizer Aussenministerin. Die Schweiz könne nicht über humanitäre Hilfe hinausgehen, solange dieser Zustand andauere.

Pessimistisch zu Antiterrorkrieg

Pessimistisch äusserte sie sich zur Bilanz des Krieges gegen den Terror: «Was in Irak oder im ganzen Nahen Osten passiert, ist nicht dazu angetan, die terroristischen Reaktionen zu mildern. Im Gegenteil.» Zum israelisch-palästinensischen Konflikt sagte Calmy-Rey unter anderem, die Schweiz sei besorgt über den angekündigten einseitigen Rückzug Israels aus dem Gaza-Streifen, welcher von den Palästinensern abgelehnt werde. Die von der Schweiz unterstützte Genfer Friedensinitiative sei die einzige Alternative. Sie schlage im Geiste des Dialogs klare Grundsätze vor und bringe Lösungen, die verhandelt würden. Sie sei zutiefst überzeugt, dass ein Prozess wie die Genfer Initiative die Möglichkeit biete, eine allseitig akzeptable Lösung für die Region zu finden, sagte Calmy-Rey. (ap/sda)